

Ausschussgemeinschaft im Bezirksausschuss 19 der Landeshauptstadt München

12.01.2021

Antrag: Virtuelle Sitzungen für alle Kommunalparlamente in Bayern ermöglichen

Der beantragt BA 19:

- Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister, möge zusammen mit dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Gemeindetag an den Gesetzgeber mit einer Initiative zur Änderung der bayerischen Gemeindeordnung herantreten. Ziel sollte die Änderung der bayerischen Gemeindeordnung dahingehend sein, dass alle gewählten kommunalen Parlamente im Pandemiefall und im Bedarfsfall (z.B. im Katastrophenfall) auch vollwertig virtuell tagen und Beschlüsse fassen können.
- Das neu geschaffene IT-Referat wählt eine entsprechende plattformoffene Software-Lösung für virtuelle Stadtrats-, Bezirksausschusssitzungen aus und stellt allen gewählten Mitgliedern einen Zugang zur Verfügung. Neben den Belangen nach Praktikabilität, Datenschutz etc. soll bei dieser Software-Lösung nach Möglichkeit die Herstellung der Öffentlichkeit gegeben sein.

Begründung:

Durch die derzeitigen Coronabeschränkungen, verbunden mit den abendlichen Ausgangsbeschränkungen, wird die Arbeit der kommunalen Parlamente stark eingeschränkt. In den letzten Monaten haben sich die virtuellen Treffen für Arbeitsgruppen etabliert und werden auch fürs kommunale Ehrenamt gut angenommen. Daher sollte die virtuellen Tagungen und Beschlüsse als eine Option in der bayerischen Gemeindeordnung verankert werden.

Richard Panzer und
Dr. Gabriele Weishäupl (FDP)
Loraine Bender (FW)
Dr. Conrad Lausberg (ödp)